



Staatsanwaltschaft Schwerin

Staatsanwaltschaft Schwerin - Postfach 110343 19003 Schwerin

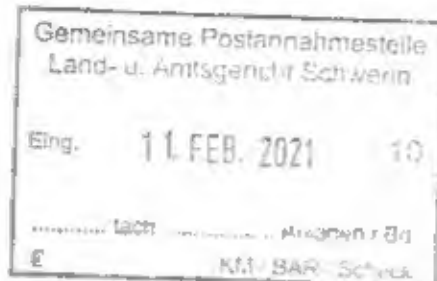
Amtsgericht Schwerin
Verteilerstelle für Gerichtsvollzieheraufträge
Dennlerplatz 1 - 2
19053 Schwerin

Unser Zeichen: 152 Js 14655/20 OWI V

Durchwahl: 316 (Geschäftsstelle)

Ihr Zeichen:

Datum: 10.02.2021



Zahlungen leisten Sie bitte an:
Landeszentralkasse Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche Bundesbank Filiale Rostock
BIC: MARKDEF1130
IBAN: DE53 1300 0000 0014 0015 17
Bitte unbedingt dieses Kassenzettel als
Verwendungszweck angeben:
3159200119355

Vollstreckungsersuchen

Werner
Gerichtsvollzieher

12 Feb. 2021

Gegen Eckhard Petersen,
geboren am 30.03.1959 in Parchim,
wohnhaft Edgar-Bennert-Straße 32, 19057 Schwerin,

119121

sind aufgrund Urteils des Amtsgerichts Schwerin vom 14.07.2020, Az.: 35 owi 223/20 zu vollstrecken:

| | |
|----------------------|------------------------|
| Geldbuße | 150,00 € |
| Kosten | 117,50 € |
| Vollstreckungskosten | 5,00 € |
| zu zahlen | <u>272,50 €</u> |

Da der Betroffene der Zahlungsverpflichtung nicht nachkommt, wird um Vollstreckung in das bewegliche Vermögen durch den zuständigen Gerichtsvollzieher gemäß der Zivilprozessordnung (ZPO) ersucht.

Der Gerichtsvollzieher ist befugt, die geschuldeten Beträge anzunehmen und Namens des Landes Quittung zu erteilen. Außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingezogene Ansprüche sind bestimmungsgemäß an die u. a. Kasse zu überweisen.

Bei fruchtloser Pfändung ist der Schuldner zu folgenden Punkten zu befragen:

Hausanschrift:
Staatsanwaltschaft Schwerin
Bleicherufer 15
19053 Schwerin

Postanschrift:
19003 Schwerin
Postfach 110343

Telefon: 0385/5302-0
Telefax: 0385/5302-444

- Name und Anschrift des Arbeitgebers
- bei Erhalt von Arbeitslosengeld zur Angabe der Stammnummer beim Arbeitsamt
- bei Zahlung von Rente und Pension zur Angabe der auszahlenden Stelle und der Versicherungs- bzw. Rentennummer.

Falls bereits eine vorrangige wirksame Pfändung in einem Vermögensgegenstand vorliegt, wird gebeten, die Anschlusspfändung durchzuführen, § 826 ZPO.

Liegen die Voraussetzungen nach § 807 Abs. 1 ZPO oder § 802c ZPO vor, so wird der Gerichtsvollzieher gleichzeitig mit der Einholung der Vermögensauskunft nach §§ 802a ff. ZPO beauftragt.

Es wird gebeten, die Vermögensauskunft sofort einzuholen. Auf diesseitige Anwesenheit wird verzichtet. Sofern der Schuldner innerhalb der letzten zwei Jahre eine Vermögensauskunft erteilt hat, wird stattdessen eine Abschrift des vorliegenden Vermögensverzeichnisses erbeten.

Falls der Schuldner zum Termin nicht erscheinen oder die Vermögensauskunft ohne Grund verweigern sollte, wird bereits jetzt gem. § 802g ZPO der Erlass eines Haftbefehls zur Erzwingung der Abgabe der Vermögensauskunft beantragt. Gleichzeitig wird beantragt diesen Haftbefehl sodann zu vollstrecken.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Entnahme der Kosten des Gerichtsvollziehers nur zulässig ist, soweit der Betrag nicht zur Tilgung der Geldbuße benötigt wird.

Zahlungsvereinbarungen sind vom Auftrag ausgeschlossen (§ 802b Abs. 2 ZPO).

Zahlungen sind zu leisten auf das oben angegebene Konto der Landeszentralkasse unter Angabe des Kassenzeichens. Andere Zahlungsarten sind nicht zulässig. Mehrere Forderungen sind einzeln zu begleichen, um die Zuordnung der Zahlung zu gewährleisten.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verurteilte zu den sogenannten "Reichsbürgern" gehört

gez. Vogl
Rechtspfleger

Ausgefertigt
Schwann, 10.02.2021

als Urkundsbeamt/fin der Geschäftsstelle

